

II-5174 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2631 /J

1992-03-12

A n f r a g e

der Abgeordneten Dkfm. Bauer, Mag. Schreiner, Mag. Haupt, Moser  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend fortdauernde schikanöse Behandlung von Dr. Winters-  
berger

Trotz des Freispruchs in dem gegen den Leiter des ehemaligen Hauptmünzamtes, Dr. Wintersberger, eingeleiteten Disziplinarverfahrens hat der Bundesminister für Finanzen den Vollzug der vorbehaltlich ausgesprochenen Ernennung des genannten Bediensteten auf einen Planposten der Dienstklasse VIII bis zum heutigen Tag nicht vorgenommen. Mit Bescheid vom 10. August 1990, zugestellt am 5. September 1990, GZ 11 4710/5-I/6/90, wurde Dr. Wintersberger gemäß § 14 Abs. 5 BDG 1979 vielmehr in den Ruhestand versetzt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e:

1. Wieso hat Dr. Wintersberger bis zum heutigen Datum weder die Nebengebührenwerte noch die Zurechnung gemäß § 9 Abs. 1 des Pensionsgesetzes bescheidmäßig zugesprochen erhalten?
2. Laut Mitteilung des Bundesrechenamtes gibt es angeblich keinen ähnlich gelagerten Fall, der eine solche Verzögerung aufweist. Ist dies von einem Beamten Ihres Ressorts zu verantworten?

3. Werden Sie dies ahnen, falls dies zutrifft?
4. Haben Sie selbst eine unverzügliche bzw. ordnungsgemäße Erledigung der "Causa Dr. Wintersberger" verhindert, und, wenn ja, von welchen Motiven ließen Sie sich dabei leiten?